

B O N N

FRIEDENSVERTRAG

Das Auswärtige Amt hat in einer für Bundeskanzler Adenauer bestimmten Expertise davor gewarnt, die Erörterung eines deutschen Friedensvertrages auf der geplanten Gipfelkonferenz anzustreben. Andernfalls sei es unumgänglich, das heikle Problem der Oder-Neiße-Grenze aufzurollen, mithin die deutschen Forderungen auf Rückgabe der verlorengegangenen Ostgebiete anzumelden. Da mit einer deutschen Beteiligung an der Ost-West-Konferenz nicht zu rechnen sei, müßten zwangsläufig die Amerikaner veranlaßt werden, den Sowjets die deutschen Gebietswünsche zu präsentieren. Die Vereinigten Staaten hätten aber bereits zu verstehen gegeben, daß sie die amerikanisch-russischen Beziehungen im gegenwärtigen Stadium mit einer derartigen Forderung nicht zu belasten gedenken. Für den Fall, daß die Bundesregierung darauf bestehe, den deutschen Friedensvertrag zum Gesprächsthema der Gipfelkonferenz zu machen, werde die Gefahr einer tiefen Kluft zwischen Washington und Bonn heraufbeschworen.

ENTSPANNUNG

Die Westmächte wollen den Sowjets bei den bevorstehenden Viermächte-Verhandlungen einen Plan vorlegen, der nach ihrer Ansicht geeignet wäre, auch ohne Änderung der militärischen Kräfteverhältnisse zu einer Entspannung in Europa zu führen. Der Plan sieht vor, daß in einer zentraleuropäischen Kontrollzone, die auf jeden Fall Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei, die Niederlande und Belgien, möglicherweise aber auch andere Länder, zum Beispiel die westlichen Gebiete der Sowjet-Union, Ostfrankreich und Norditalien umfaßt, internationale Kontrollkommissionen stationiert werden. Diese Kommissionen sollen das Recht haben, jederzeit alle Truppen und militärischen Anlagen sowie alle Truppenbewegungen in ihrem Kontrollgebiet zu inspizieren. Den Kommissionen sollen entweder nur amerikanische und sowjetische Offiziere oder Offiziere aller beteiligten Staaten angehören, also auch Offiziere der westdeutschen Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik.

WAFFENTECHNIK

Bonner Sowjetdiplomaten haben in Gesprächen mit deutschen Parlamentariern erklärt, russischen Militärtechnikern sei es gelungen, über große Entfernungen hinweg (bis zu 200 Kilometern) Sprengladungen durch Strahlen zur Explosion zu bringen.

ZITAT

„Es war ein idealer Ort zum Studieren — kein Alkohol, keine Mädchen, keine äußeren Ablenkungen.“ (Der Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und langjährige Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, in Erinnerung an seine Zeit als Kriegsgefangener in Camp Como, Mississippi.)



Verteidigungsminister Strauß, Taviani, Chaban-Delmas: Unbegreifliches Europa

ATOM-RÜSTUNG

Von deutscher Schöpferkraft

Spätestens seit der letzten außenpolitischen Bundestagsdebatte argwöhnen Atomgegner in und außerhalb der Bundesrepublik, Westdeutschlands Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß gehe mit dem Plan um, die Bundeswehr eines Tages mit Atomwaffen europäischer Produktion zu bewaffnen. Inzwischen hat dieser Argwohn neue Nahrung erhalten.

Anfang letzter Woche traf Strauß in Rom mit den Verteidigungsministern Italiens und Frankreichs, Taviani und Chaban-Delmas, zusammen, um zu erörtern, wie sich die Rüstungsindustrie der drei bedeutendsten kontinentalen Nato-Mächte koordinieren lasse. Diesen ziemlich harmlos klingenden Plan betreiben die drei Verteidigungsminister schon seit längerer Zeit mit so viel Geheimnistuerei, daß mancherorts der Verdacht aufgekommen ist, es handle sich keineswegs nur um die Vereinheitlichung einiger Gewehr- und Flugzeugtypen, sondern vielmehr darum, eine gemeinsame deutsch-französisch-italienische Atomwaffenproduktion aufzubauen. Am Dienstagvormittag hielten die drei sogar ein Kolloquium unter sechs

Augen in französischer Sprache ab. Dolmetscher und Sekretäre wurden hinausgeschickt.

Dem Sinn dieser und anderer Psst-psst-Vorkehrungen widersprach allerdings ein Aufsatz, den ein einstiger Kollege der drei, der ehemalige italienische Verteidigungsminister Pacciardi, aus Anlaß der Anwesenheit des Strauß und des Chaban-Delmas in Rom veröffentlichte.

Pacciardi stimmte in seinem Aufsatz einen Hymnus auf den wissenschaftlichen Genius der Deutschen an und gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß die „Schöpferkraft Deutschlands noch nicht ausgestorben“ sei oder „nur noch in den Emigranten in den Vereinigten Staaten und Rußland“ fortlebe.

Die fatale Bedeutung dieser Elogen ergab sich aus dem Zusammenhang. „Es ist zum Weinen“, polemisierte Pacciardi gegen die Tatsache, daß Festland-Europa noch keine eigene Atomwaffen-Produktion hat, „daß das alte Europa, das einst das Gehirn der Welt war, heute in einem Zustand erschreckender Rückständigkeit steckengeblieben ist. Es ist noch schmerzlicher und noch unbegreiflicher, daß fortschrittliche Bewegungen wie die Labour Party und die (deutsche) Sozialdemokratie danach trachten, die Überlegenheit der Super-

mächte (Amerika und Sowjetrußland) für dauernd zu zementieren ... Aber es ist evident, daß sich Europa nicht damit abfinden kann, Objekt der Weltpolitik zu bleiben. Es hat jetzt auch den Anschein, daß Frankreich an der Schwelle des Atom-Zeitalters steht."

Die letzte Bemerkung Pacciardis bezog sich offenkundig auf von Pariser Stellen verbreitete Informationen, daß Frankreich in Kürze seine erste Atom-Bombe erproben will. Unter diesem Blickwinkel war dem Sinnzusammenhang zwischen dem Hymnus auf deutsche „Schöpferkraft“ und dem Hinweis auf die französische Experimentier-Bombe in Pacciardis Artikel besondere Bedeutung nicht abzuspüren. Offenbar glaubte der in Wehrfragen immer noch gut unterrichtete einstige Verteidigungsminister Pacciardi Gründe zu der Annahme zu haben, daß eine enge deutsch-französisch-italienische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomwaffenproduktion bevorstehe. Pacciardi schloß denn auch seinen Aufsatz mit einem Glückwunsch, der in diese Richtung deutet: „Wir begrüßen daher das Treffen von Taviani, Strauß und Chaban-Delmas in Rom und wünschen nutzbringendes Wirken.“

Gründe für dieses Vertrauen in das „nutzbringende Wirken“ des Deutschen Strauß und seiner zwei Kollegen auf dem Gebiet der Atomwaffen-Produktion dürfte Pacciardi auch einem in England erschienenen Bericht entnommen haben. Das war ein Aufsatz in der Londoner Massenzeitung „Daily Mirror“, in dem der Labour-Abgeordnete Richard Crossman ein vorösterliches Gespräch mit Strauß referierte.

In diesem Gespräch soll Strauß — so behauptete Crossman in seinem „Mirror“-Aufsatz — die unverblümte Drohung ausgesprochen haben, die Bundesrepublik werde in einigen Jahren selbst atomar rüsten. „Ich kann garantieren“, so zitierte Crossman die Äußerungen des deutschen Verteidigungsministers, „daß es drei, vier oder sogar fünf Jahre keine deutschen Kernwaffen geben wird. Danach aber, wenn andere Staaten, insbesondere Frankreich, ihre eigenen H-Bomben herstellen, könnte auch Deutschland hineingezogen werden.“

Es gibt nun freilich Gründe zu der Annahme, daß Crossman dieses Zitat mehr seinem allgemeinen Eindruck von der ausladenden Persönlichkeit seines Gesprächspartners Strauß als den tatsächlichen Äußerungen des Verteidigungsministers verdankt. In der letzten Woche veröffentlichte Crossman den vollständigen Text des Interviews in der Zeitschrift „New Statesman“. Darin fehlen die beiden ominösen Sätze, die Strauß laut Crossmans „Mirror“-Aufsatz gesagt haben soll.

Die Erklärung, die Crossman für diesen Verzicht abgab, tut britischer Höflichkeit alle Ehre. Crossman bezieht sich darin auf die Tatsache, daß das Bonner Verteidigungsministerium die beiden Sätze nicht direkt als erfunden, sondern als „sprachliche Mißverständnisse“ bezeichnete. „Ich fühle mich verpflichtet“, schrieb Crossman, „ebenso höflich zu sein und habe deswegen die beiden Sätze gestrichen.“

Ein halbes Dementi dieser Streichung vermag Crossman allerdings in einer höchst zweideutig lobenden Schilderung des Verteidigungsministers. Strauß, so schrieb er, sei „ein deutscher Politiker neuen Stils mit erfrischender Bereitschaft, Informationen zu geben, und mit der Fähigkeit, seine Sache konziliant darzustellen“. Strauß sei „ein zäher Bayer mit prononciertem Geschmack für die Macht und nicht sehr prononcierten politischen Grundsätzen“.

Dieses Strauß-Porträt vervollständigte Crossman mit der boshaften Bemerkung: „Er hat das Glück, zu jung zu sein, um eine Nazi-Vergangenheit zu besitzen.“

MOSKAU-ABKOMMEN

Treu und Glauben

Rund ein Dreivierteljahr verhandelte Bonns Botschafter zur besonderen Verwendung Rolf Lahr in Moskau mit dem sowjetischen stellvertretenden Außenminister Semjonow über den Abschluß mehrerer deutsch-sowjetischer Wirtschaftsabkommen, über einen Konsularvertrag und über die Frage der Repatriierung von Deutschen, die noch heute in der Sowjet-Union zurückgehalten werden.

Während die Sowjets sich von Anfang an vornehmlich um die Wirtschaftsabkommen bemühten, interessierten sich die Deutschen zunächst nahezu ausschließlich für die Repatriierungsfrage. Seit Anfang dieses Jahres begann jedoch die deutsche Delegation, ihre Aufmerksamkeit auch den wirtschaftspolitischen Bestandteilen des deutsch-sowjetischen Verhandlungsbündels zu widmen. Darin spiegelte sich die Tat-



Strauß-Interviewer Crossman
Nach Verständigungsschwierigkeiten ...

sache wider, daß die deutsche Wirtschaft seit Einsetzen des Konjunktur-Abschwungs in der westlichen Welt dem Handel mit der Sowjet-Union zunehmendes Interesse entgegenbringt.

Diese Akzentverschiebung auf deutscher Seite und einige plötzliche Zugeständnisse der Sowjets in der Repatriierungsfrage bewirkten, daß Botschafter Lahr am Dienstag letzter Woche nach Bonn melden konnte, er habe

- ▷ soeben die geplanten deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen und
- ▷ das Konsularabkommen paraphiert, überdies aber auch
- ▷ eine mündliche Vereinbarung über die Repatriierung erzielt.

Die Rückführungsfrage hatte bis in die letzten Tage vor der Paraphierung Schwierigkeiten bereitet. Zuerst hatten die So-

wjets darauf beharrt, daß nur solche in der Sowjet-Union ansässigen Deutschen repatriiert werden sollten, die im Jahre 1937 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Bei dieser Regelung wären vor allem Zehntausende von Memelländern (deren Heimat erst 1939 von Hitler dem Reich wieder angeschlossen wurde) von der Möglichkeit der Rückkehr nach Deutschland ausgeschlossen gewesen.

In der zweiten Phase der Repatriierungsverhandlungen zogen die Sowjets sich auf den Standpunkt zurück, man solle den 1. September 1939, das Datum des Kriegsausbruchs, zum Stichtag nehmen.

Das hätte bedeutet, daß die heute noch in der Sowjet-Union festgehaltenen sogenannten „Vertragsumsiedler“ nicht nach Deutschland hätten zurückkehren dürfen. Der Terminus „Vertragsumsiedler“ bezeichnet solche Deutschen, die 1939 sowjetische Staatsangehörige waren, dann aber aufgrund mehrerer deutsch-sowjetischer Verträge zwischen 1939 und 1941 nach Deutschland umsiedelten und deutsche Staatsangehörige wurden. Tausende von diesen Vertragsumsiedlern gerieten während des Krieges und in der Nachkriegszeit durch Gefangennahme oder Verschleppung nach Sowjetrußland.

Monatelang hatte es den Anschein, daß die Sowjets in den Lahr-Semjonow-Verhandlungen diese durch den Stichtag des 1. September 1939 bezeichnete Verhandlungsposition keinesfalls zu räumen gedächten. Erst Anfang letzter Woche vollzog sich im sowjetischen Lager die Wendung: Die Sowjets akzeptierten den 21. Juni 1941 — Anfangsdatum des deutsch-sowjetischen Krieges — als Stichtag. Damit ist auch den noch in der Sowjet-Union befindlichen Vertragsumsiedlern die Rückkehr in die Bundesrepublik in Aussicht gestellt.

Das Geheimnis der Wendung

Von dieser Regelung sind jedoch solche Volksdeutschen nicht betroffen, die erst während des deutsch-sowjetischen Krieges die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Semjonow sagte aber zu, daß für alle Volksdeutschen in der Union, sogar wenn sie sowjetische Staatsangehörige sind, das „Prinzip der Familienzusammenführung gelten“ solle.

Welche Gründe Semjonow bewogen haben, Anfang letzter Woche ziemlich unverhofft den 21. Juni 1941 als Stichtag zu akzeptieren, ist selbst dem Botschafter Lahr nicht völlig klargeworden. Allerdings hatte die deutsche Delegation schon seit langem den Eindruck, die Sowjets seien im Grunde entschlossen, die deutschen Wünsche zu akzeptieren, Semjonow wolle sich aber bis zum Schluß eine Möglichkeit offenhalten, die Verhandlungen an einer deutschen Forderung scheitern zu lassen, falls Chruschtschew aus weltpolitischen Gründen — etwa wegen der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr — einen Eklat mit der Bonner Regierung wünschen sollte.

Für die Richtigkeit dieser Auffassung spricht, daß die sowjetischen Verhandler Ende März und Anfang April mehrfach auf die Atom-Debatte des Bundestages als Ursache einer möglichen deutsch-sowjetischen Verstimmung hinwiesen.

Diese Einwendungen wurden jedoch nach Ostern plötzlich fallengelassen, so daß auf deutscher Seite der Eindruck entstand, Ministerpräsident Chruschtschew selbst habe entschieden, daß die Atom-Debatte des Bundestages kein Grund sei, die deutsch-sowjetischen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.